CONNECTIVE CITIES

DOKUMENTATION

2nd Hands on Public Buildings

Nachnutzung von öffentlichen Gebäuden der Moderne der 60er und 70er-Jahre

DOKUMENTATION DER CONNECTIVE CITIES DIALOGVERANSTALTUNG
24. BIS 26. SEPTEMBER 2024 IN BERLIN

27 Fachleute | aus 9 Kommunen | aus 6 Ländern

Partner von Connective Cities

Deutscher Städtetag

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

giz Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

In Kooperation mit

ZUHAUSE IN BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Einführung

Öffentliche Gebäude aus den 1960er- und 1970er-Jahren prägen das Bild vieler Städte weltweit. Sie entsprechen heute aber meist nicht mehr den technischen, energetischen und ästhetischen Ansprüchen des 21. Jahrhundert und werden häufig abgerissen und durch neue Gebäude ersetzt. Jedoch bergen sie ein großes Potenzial, Emissionen im Bausektor zu reduzieren und so zur Eindämmung des Klimawandels beizutragen. Es ist daher an der Zeit, diese Gebäude zu erhalten und die in Beton und Stahl gebundene graue Energie auf sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Weise zu nutzen. Diesem Paradigmenwechsel widmete sich die Connective-Cities-Dialogveranstaltung „2nd Hands on Public Buildings" vom 24. bis 26. September 2024 in Berlin.

Die Veranstaltung im Überblick

Knapp 25 kommunale Fachleute aus Deutschland, Kenia, Montenegro, den Palästinensischen Gebieten, Sambia und aus der Ukraine tauschten sich bei der Dialogveranstaltung über Lösungsansätze und Herausforderungen für die nachhaltige Nachnutzung öffentlicher Gebäude aus den 1960er- und 1970er-Jahren aus und erarbeiten gemeinsam Projektideen.
Sie besichtigten das Haus der Statistik in Berlin, das die Senatsverwaltung Berlin während der Veranstaltung als gutes Praxisbeispiel vorstellte (siehe Seite 4). Eine zweite Exkursion führte sie zum 2008 geschlossenen Berliner Flughafen Tempelhof. Das von 1936 bis 1941 errichtete – aber nie fertiggestellte – Flughafengebäude gilt als größtes Baudenkmal Europas und soll zu einem Experimentierort und zu einem neuen Stadtquartier für Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft entwickelt werden.
Connective Cities organisierte die Dialogveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Hintergrund

Die Nachnutzung bestehender Gebäude ist ein Schlüssel zu klimafreundlicherem Bauen. Weil heute innovative und anpassungsfähige Bauweisen für Bestandsgebäude zur Verfügung stehen, ist es immer besser möglich, die in Stahl und Beton gebundene graue Energie weiter zu nutzen und gleichzeitig wirtschaftliche und soziale Antworten auf die steigende Nachfrage nach Arbeits- und Wohnraum in urbanen Gebieten zu geben.

Durch ihre flexiblen Grundrisse können öffentliche Gebäude aus den 1960er- und 1970er-Jahren – der als Moderne bezeichneten Zeit – an heutige Ansprüche angepasst werden.

Da sie im Besitz der Kommunen sind, können die Kommunen hier innerstädtische Fläche für sozialen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen.

Es besteht zudem die Möglichkeit, über konventionelle Entwicklungskonzepte für eine eindimensionale Nutzung der Gebäude etwas als Büro- oder Wohnflächen hinaus die Gebäude mit neuen Nutzungskonzepten wieder mit Leben zu füllen. Häufig bietet sich eine multifunktionale Nutzung für Wohnraum, Soziales, Bildung, Kultur, Einzelhandel und Büroräume an.

Die Teilnehmenden auf der Terrasse des Sitzes der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Die Keynotes – kurz zusammengefasst

BERLIN: POLITISCHE UND PLANERISCHE RICHTLINIEN FÜR DIE SCHAFFUNG VON WOHNRAUM

Lars Loebner, Leiter des Referats „Wohnungsbauprojekte – äußere Stadt“ bei der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

In Berlin werden bis 2040 etwa 220.000 neue Wohneinheiten benötigt. Der Stadtentwicklungsplan „Bauen“ der Berliner Senatsverwaltung sieht nicht nur den Neubau von 24 Quartieren vor, sondern auch die Weiternutzung älterer Gebäude – immer mit dem Ziel, möglichst nachhaltig Wohnraum zu schaffen, etwa im Hinblick auf Energienutzung, Mobilität und Effizienz. Zudem sollen die grünen und blauen Flächen, die 40 Prozent des Stadtgebiets ausmachen, möglichst erhalten bleiben. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung Berlins lebt in gemietetem Wohnraum; Sozialwohnungen sind in alle Stadtquartiere integriert.

> *„Für den Wiederaufbau des “Home of Revolution” war ein wichtiges Kriterium, dass die laufenden Betriebskosten durch die Nutzung des Gebäudes als TV- und Radiostudios getragen werden.“*
>
> Nevena Delibašić, Design- und Planungsagentur der Stadt Nikšić in Montenegro

BERLIN: HISTORISCHER ÜBERBLICK ÜBER DIE WEITERNUTZUNG VON BESTANDSGEBÄUDEN

Moritz Theloe, Projektleiter für das neue Stadtquartier „Buch – Am Sandhaus“ bei der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mit den Berliner „Mietskasernen“ entstand im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in Form von mehrstöckigen Mietshäusern günstiger Wohnraum für die wachsende Bevölkerung der deutschen Hauptstadt. Sie wurden in den 1920er-Jahren durch Neubauten in einer leichteren, luftigeren und helleren Bauweise im Stil der frühen Moderne abgelöst. Beide sind heute begehrter Wohnraum und wurden vielfach umfassend saniert.
Mit dem baulichen Erbe der DDR wurde ich Berlin unterschiedlich umgegangen. Während das frühere Staatsratsgebäude heute eine private Universität beherbergt, wurde der von 1973 bis 1973 gebaute Palast der Republik von 2006 bis 2008 abgerissen. Heute steht dort eine teilweise Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses, dessen Ruine am selben Ort 1950 gesprengt worden war.

Home of Revolution“ in Nikšić (Montenegro)

NIKŠIĆ (MONTENEGRO): DAS „HOME OF REVOLUTION“

Nevena Delibašić, Design- und Planungsagentur der Stadt Nikšić (Montenegro)

Der Gebäudekomplex „Home of Revolution“ entstand während des Brutalismus, eines im früheren Jugoslawien weit verbreiteten Architekturstils. Montenegro gehörte bis 2003 zu Jugoslawien. Die Bauwerke des Brutalismus wurden primär aus Beton gebaut, von dem man glaubte, dass es ein sehr langlebiges Material sei. Der 1978 begonnene und architektonisch auffällige Bau des „Hauses der Revolution“ sollte als Symbol für den Widerstand jugoslawischer Partisanen während des 2. Weltkriegs und einer breit gefächerten Nutzung dienen – von TV-Studios, einem Theater und Banken bis hin zu Büroräumen für das Kulturministerium. Der 22.000 Quadratmeter große Gebäudekomplex wurde jedoch nie fertiggestellt. Im Jahr 2021 entstanden neue Ideen, um die Bauruine zu Leben zu erwecken: Im nördlichen Teil des Komplexes entstanden bis September 2024 Studios für einen TV- und Radiosender. Damit trug die Stadt auch der ursprünglichen Nutzungsidee für das „Home of Revolution“ Rechnung.

Hintergrundinformationen

Die Dialogveranstaltung fand im Sitz der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen statt – einem von 1954 bis 1956 erbauten Hochhaus im ehemaligen West-Berlin, das als klassisches Beispiel der Nachkriegsmoderne gilt. Das Gebäude wurde von 2020 bis 2024 aufwendig saniert. Dabei wurde viel Wert auf Originaltreue und Ressourcenschonung gelegt. So wurden etwa 65 Prozent der originalen Fensterkonstruktionen wiederverwendet.

Praxisbeispiele

Die Teilnehmenden präsentierten sich gegenseitig ihre Projekte zur Nachnutzung öffentlicher Gebäude aus den 1960er- und 1970er-Jahren.

Das von 1968 bis 1970 erbaute **Haus der Statistik** im Zentrum **Berlins** diente während der DDR als Sitz der Staatlichen Zentralverwaltung der Statistik (SZS). Ab 2008 stand der etwa 50.000 Quadratmeter große Gebäudekomplex leer und sollte abgerissen werden. Eine lokale Initiative setzte sich jedoch intensiv für den Erhalt des Gebäudes und seine Umnutzung für kulturelle Zwecke ein. Das Land Berlin kaufte den Komplex und arbeitet seit 2018 mit diversen Partnern an der Entwicklung des Hauses als Ort für Kunst, Kultur, Soziales, Bildung, Verwaltung und als erschwinglichen Wohnraum. Die Zivilgesellschaft spielt hierbei weiterhin eine wichtige Rolle.

Im Norden **Berlins** soll in dem Gebiet „Buch – Am Sandhaus“ eines von 24 neuen Wohnquartieren der deutschen Hauptstadt mit 2.700 Wohnungen entstehen. Zunächst war die Umnutzung des in diesem Gebiet gelegenen ehemaligen Krankenhauses der Staatssicherheit der DDR nicht vorgesehen, wurde dann aber in die Planungen aufgenommen. Die Stadt will die Eingriffe in Natur und Landschaft möglichst geringhalten. Dies wird auch von der Zivilgesellschaft gefordert. Die Interessen aller Stakeholder bei der Entwicklung des Quartiers ausreichend zu berücksichtigen, stellt eine große Herausforderung dar.

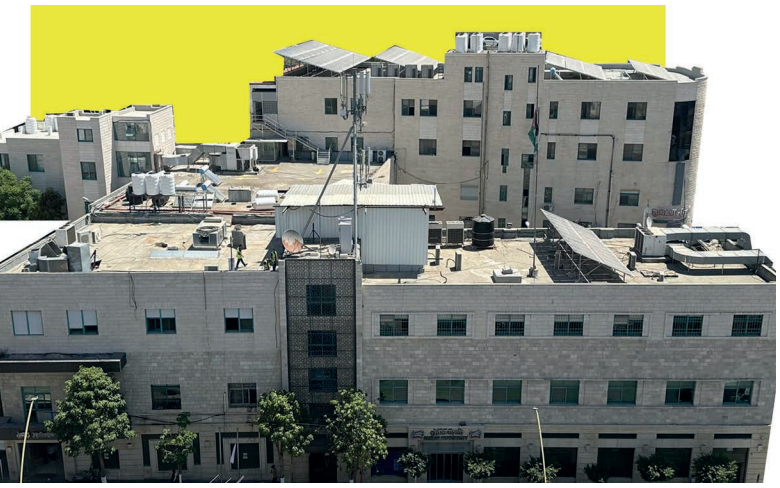
In **Bremen** wurden Optionen untersucht, ob und wie das in der Innenstadt gelegene Parkhaus Katharinenklosterhof umgebaut werden könnte, um die Gegend wiederzubeleben und eine attraktivere Nutzung zu ermöglichen. Die untersuchten Szenarien sahen eine vielfältige Nutzung unter anderem mit Wohnraum, Büroflächen, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Ladenlokalen vor. Das Ergebnis der Analyse: Der Umbau sei generell möglich, aber aktuell wirtschaftlich nicht rentabel, da die technischen und strukturellen Risiken angesichts der Baukosten zu hoch seien.

Hausführung durch den Veranstaltungsort, Sitz der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Die Teilnehmenden vor dem „Haus der Statistik“ in Berlin

Präsentation der ZUsammenKUNFT Berlin auf dem Gelände „Haus der Statistik“

Präsentation des Rathausgebäudes in Hebron während der Dialogveranstaltung



Hebrons Rathausgebäude im Jahr 2024

Das heutige Rathaus von **Hebron** in den Palästinensischen Gebieten wurde 1930 erbaut und bis 1965 unter anderem als Museum genutzt. Seither wurde das Gebäude immer wieder erweitert, für neue Zwecke umgebaut und modernisiert. So wurde es etwa energetisch gedämmt, barrierefrei gemacht und die Sicherheit etwa im Hinblick auf den Brandschutz erhöht. Für den Servicebereich für Bürger*innen war das Ziel, eine offene und freundliche Umgebung zu schaffen und einen „One-Stop-Shop" zu etablieren, also einen Ort, an dem die Bürger*innen alle behördlichen Anliegen erledigen können.

In **Lusaka** in Sambia sind die Gebäude vieler früherer Gemeindezentren in keinem guten Zustand. Es besteht die Gefahr, dass sie von Investoren aufgekauft und abgerissen werden, damit dort beispielsweise Einkaufszentren entstehen. Die Stadtverwaltung von Lusaka will die Gebäude jedoch renovieren und sie als Zentren für frühkindliche Bildung weiternutzen, um damit ihre pädagogischen Angebote für Kinder quantitativ und qualitativ zu verbessern. In Kooperation mit zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Akteuren soll ein Gemeindezentrum als Pilotprojekt renoviert werden.

„Ohne die Einbindung der Bevölkerung ist es schwierig, deren Akzeptanz für ein städtebauliches Vorhaben zu gewinnen."

Bwalya Funga, Stadtverwaltung Lusaka, Sambia

Modernisierte Wohngebäude in Greifswald, ähnlich den Gebäuden in Drohobytsch

In **Greifswald** entstanden in den 1970er-Jahren aufgrund der Industrialisierung und des Bevölkerungswachstums in der DDR viele neue Wohngebäude, die mit vorgefertigten Teilen gebaut wurden. Zwei dieser Gebäude wurden modernisiert und an heutige Standards im Hinblick auf Komfort, Energieeffizienz und Lebensqualität angepasst. Dabei wurde besonderer Wert auf einen integrativen Ansatz gelegt, um soziale Spaltungen zu vermeiden. Die Bewohner*innen wurden eng in die Planung einbezogen, damit die Modernisierungsmaßnahmen auch ihren Bedürfnissen entsprechen.

In der ukrainischen Stadt **Drohobytsch** wurden zu Zeiten der Sowjetunion in den 1950er- und 1960er-Jahren viele Wohngebäude gebaut, deren Lebensdauer nicht für länger als etwa 50 Jahre geplant war. Für eine möglichst nachhaltige Weiternutzung wurden bereits einige Gebäude insbesondere energetisch saniert und unter anderem mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet. Unterstützung für die Modernisierung erhält die Stadt unter anderem vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) und von der Europäischen Union.

In **Köln** baute ein privater Investor die ehemalige Zentrale des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) in ein Wohngebäude mit 132 Wohneinheiten um. Dabei wurde die Fassade der geschwungenen Hochhausscheibe aus den 1970er-Jahren erneuert, Balkone wurden angebaut und das Gebäude wurde um ein weiteres Stockwerk ergänzt. Die grundsätzliche Struktur und die Treppenhäuser blieben erhalten und das Gebäude an die heutigen Anforderungen an Barrierefreiheit, Brandschutz und Energieverbrauch angepasst. Laut Investor war der Umbau wirtschaftlich nur rentabel, weil neben dem Hochhaus das gesamte Areal als Mantelbebauung (Wohnnutzung) entwickelt wurde.

Ein in den 1960er-Jahren gebaute Hochhaus im Zentrum **Nairobis** (Kenia) mit 25 Stockwerken diente von 1969 bis 2022 als Hilton Hotel. Seither ist es nicht genutzt, obwohl der Bedarf an Wohnraum in Nairobi sehr hoch ist. Lediglich im Erdgeschoss befinden sich Geschäfte. Das Gebäude gehört der kenianischen Regierung zusammen mit Hilton International. Derzeit werden drei Umnutzungsideen untersucht: Wohnraum für Studierende, Wohnraum für Singles oder kleine Familien oder Büroflächen. Auch kurzfristige „Quick-Win"-Lösungen für die Nutzung des Gebäudes werden diskutiert.

Die Stadt **Regensburg** erwarb 2022 ein von 1978 bis 1980 erbautes Gebäude, um es so umzubauen, dass es der Stadtverwaltung als drittes Rathaus dienen kann. Dieses Projekt dient der Realisierung der Ziele von Regensburg, Bestandsimmobilien weiter zu nutzen, anstatt neu zu bauen, und bis 2035 klimaneutral zu werden. Möglichst viele Bauteile des Gebäudes wie die Klinkerfassade sollen erhalten bleiben, während durch den Umbau das Gebäude möglichst energieeffizient gestaltet werden soll. Die flexible Konstruktion ermöglicht eine ressourcenschonende Umwandlung der Raumaufteilung.

Der Flow-Tower in Köln vor und nach der Sanierung

Das Hilton-Hotel in Nairobi, Kenia

Das Rathausgebäude in Regensburg

Herausforderungen – Lösungsmöglichkeiten – Projektideen

Kollegiale Beratung zu aktuellen Herausforderungen

Bei Planungen für die Weiternutzung älterer öffentlicher Gebäude müssen verschiedene Interessen in Einklang gebracht werden: Eine Nach- und Umnutzung muss wirtschaftlich rentabel und auch für das Umfeld der Immobilie sozial attraktiv sein, Nachhaltigkeitsanforderungen wie Energieeffizienz erfüllen, moderne Sicherheitsstandards einhalten und Aspekte wie die Wahrung des architektonischen Erbes berücksichtigen.

Bewohner*innen, die betroffene Nachbarschaft und zivilgesellschaftliche Akteure sollten in die Planungen einbezogen werden, damit ihre Bedarfe und Anliegen bestmöglich berücksichtigt werden. Eine transparente und lösungsorientierte Kommunikation mit allen Stakeholdern – auch per Social Media, wo man viele Menschen gut erreicht – ist für den Erfolg solcher Projekte wichtig.

Die Nach- oder Umnutzung muss zudem dem städteplanerischen Gesamtkonzept der Kommune entsprechen: Wird etwa primär Wohnraum benötigt oder braucht die Kommune Raum für Sozial- und Bildungseinrichtungen? Wie kann ein Gebäude multifunktional genutzt werden und damit viele Bedürfnisse vereinen?

„Jedes städteplanerisches Projekt benötigt eine gute Storyline, die positive Aspekte hervorhebt und Kritik in Perspektive setzt."

Christoph Peytard, Stadt Regensburg

Wenn Bestandsgebäude zur Modernisierung an private Investoren verkauft werden oder im Rahmen von Public-Private-Partnerships (PPP) weiterentwickelt werden, ist es hilfreich, wenn Kommunen in den Verträgen bestimmte Nutzungszwecke oder Standards festhalten. Berlin hat sich von seiner früheren Privatisierungspolitik verabschiedet und kauft Immobilien inzwischen wieder zurück, weil dies langfristig kostengünstiger sei. Für PPP-Verträge hat die Senatsverwaltung Richtlinien festgelegt.

Analyse aktueller Herausforderungen im Plenum über den Dächern Berlins

OPTIMIERUNG DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG: ABRISS ODER SANIERUNG?

Deutsche Nachnutzungsbeispiele
Die Entscheidung, ob ein Gebäude aus den 1960er- und 1970er-Jahren saniert oder abgerissen wird, bedarf eines umfassenden Prozesses, bei dem Kriterien wie die vorhandene Statik und Vorgaben der lokalen Bauordnung berücksichtigt werden müssen. Die Einführung eines Tools wäre hilfreich, um in diesem Kontext den Entscheidungsfindungsprozess zu standardisieren und damit zu beschleunigen und transparenter zu machen. Mithilfe des Tools könnte auch für die Bevölkerung aufgezeigt werden, auf welchen Argumenten wie technischen Fakten und Einschätzungen von Fachleuten die Entscheidung für Abriss oder Sanierung basiert.

„Wenn ein großes Gebäude längerfristig leer steht, wirkt sich dies oft negativ auf die gesamte Nachbarschaft aus. Insbesondere in Gebäude in Innenstadtlagen muss daher Leben gebracht werden."

Godfrey Ngugi, Bezirksregierung Nairobi-Stadt

DIE ZWISCHENNUTZUNG EINES LEERSTEHENDEN GEBÄUDES PLANEN

Beispiel: Ehemaliges Hilton-Hotel in Nairobi (Kenia)
Wenn die Entscheidung, was mit einem leerstehenden Gebäude in (zum Teil) öffentlichem Besitz passieren soll, nur langfristig getroffen werden kann, können Kommunen eine temporäre Zwischennutzung vorsehen. Dafür eignet sich etwa, Räume für Kunst, Bildung und Kultur, als Lagerflächen oder für den Einzelhandel vorzusehen, was keine, oder geringe Investitionen erfordert. Für eine genaue Festlegung der Interimsnutzung sollten Stadtverwaltungen Ideen von verschiedenen Stakeholdern wie der Bevölkerung, der Politik und privaten Investoren einholen und dafür eine Kommunikationsstrategie entwickeln und mithilfe eines darauf basierenden Konzeptpapiers die Eigentümer von den Vorteilen einer Zwischennutzung überzeugen.

STÄDTISCHE GEBÄUDE FÜR DIE BEVÖLKERUNG ÖFFNEN

Beispiel: Rathaus Hebron (Palästinensische Gebiete)
Städtische Gebäude sollen auch für die Bevölkerung nutzbar sein. Dies sollte bei der Sanierung von Bestandsgebäuden berücksichtigt werden. Wenn es in der Stadt etwa nicht genug Räume für zivilgesellschaftliche, soziale und kulturelle Aktivitäten, Bildung oder Wirtschaftsförderung gibt, sollte die Gelegenheit einer Sanierung genutzt werden, um hierfür Räume vorzusehen. Zudem sollten die Räumlichkeiten der Bürger-Services offen und kundenorientiert gestaltet werden. Damit solche Vorhaben auch den Bedarfen der Bevölkerung entsprechen, ist es notwendig, verschiedene Stakeholder in die Planung einzubinden. Oft ist es dafür zunächst notwendig, das Vertrauen in die Stadtverwaltung zu verbessern.

Key take-aways

- **Weil Bestandsgebäude viel graue (oder goldene) Energie binden, ist aus klimapolitischen Gründen fast immer eine Nach- oder Umnutzung und Renovierung einem Abriss vorzuziehen.**
- **Aufgrund ihrer Bauweise eignen sich Gebäude aus den 1960er- und 1970er-Jahren oft sehr gut, die Raumaufteilung zu verändern und an heutige Ansprüche etwa an Arbeitsflächen anzupassen.**
- **Machbarkeitsstudien geben Klarheit darüber, ob eine Nach- und Umnutzung zu welchen Zwecken und mit welchen Zielen wirtschaftlich rentabel ist.**
- **Wenn die gesamte Sanierung eines großen Gebäudekomplexes nicht möglich ist, können zunächst nur Teile pilotiert werden. Auch eine Interims-Nutzung etwa durch die Kulturszene der Stadt ist besser als ein Gebäude leer stehen zu lassen.**
- **Die Bevölkerung und lokale zivilgesellschaftliche Akteure sollten in Projekte zur Neu- und Umnutzung von Bestandsgebäuden einbezogen werden, damit ihre Bedarfe in die Planungen einfließen. Dafür sollte eine Stakeholder-Analyse angefertigt werden. Zudem ist eine transparente Kommunikation in alle Richtungen auf Basis einer soliden Kommunikationsstrategie unabdingbar.**

IMPRESSUM

Herausgegeben von
Connective Cities
Internationale Städte-Plattform für nachhaltige Entwicklung
info@connective-cities.net
www.connective-cities.net

Connective Cities ist ein gemeinsames Projekt von
Deutscher Städtetag
Gereonstraße 18–32 | 50670 Köln | Deutschland

Engagement Global gGmbH mit der
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | Deutschland

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 32+36 | 53113 Bonn | Deutschland

Autorin
Dr. Susanne Reiff, to the point communication

Redaktionelle Überarbeitung
Laura Hennecke, Marcella Sobisch, Connective Cities

Bildnachweis
Titel und S. 2: Raquel Gomez Delgado S. 3: Nevena Delibasic, S. 4: Marcella Sobisch, Raquel Gómez Delgado, S. 5: Raquel Gómez Delgado, Hebron Municipality, Wohnungsbaugesellschaft Greifswald, S. 6: FLOWALT, Raimond Spekking, shutterstock, Stadt Regensburg, S. 7: Raquel Gomez Delgado

Basisgestaltung
blickpunkt x – Büro für Kommunikation und Design

Grafische Umsetzung Rendel Freude

November 2024

Haftungsausschluss:
Diese Veröffentlichung wurde von Connective Cities herausgegeben. Die darin enthaltenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Meinungen oder Orientierungen der Kooperationspartner von Connective Cities wieder (Deutscher Städtetag, Engagement Global gGmbH und ihre Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sowie Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH).

Im Auftrag des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Dienstsitze des BMZ
Dienstsitz Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn | Deutschland
T: +49 (0) 228 99 535-0
F: +49 (0) 228 99 535-3500

Dienstsitz Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin | Deutschland
T: +49 (0) 30 18 535-0
F: +49 (0) 30 18 535-2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Connective Cities

Connective Cities fördert den weltweiten Austausch von kommunalem Fachwissen und unterstützt das gemeinsame Lernen und kollegiale Beratung zwischen deutschen und internationalen städtischen Praktikerinnen und Praktikern sowie die Entwicklung von gemeinsamen Projekten.

Connective Cities ist ein Kooperationsprojekt, das zwischen dem Deutschen Städtetag, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Engagement Global und seiner Servicestelle Kommunen in der Einen Welt durchgeführt und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wird.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.connective-cities.net

Im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung